



**Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss**  
**Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe**

## **Warum wollen wir ein europäisches Mindesteinkommen?**

Brüssel, den 13. Dezember 2013

Ich bedauere zutiefst, dass der Vorsitzende der Arbeitgebergruppe des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses unmittelbar nach der durch das Plenum verabschiedeten Stellungnahme des Ausschusses zum Thema „**Europäisches Mindesteinkommen und Armutsindikatoren**“ eine Erklärung und Reaktion mit dem Titel „To address minimum income? Yes, but at national level!“ („*Mindesteinkommen? Ja, aber auf nationaler Ebene*“) veröffentlicht hat.

Ich bedauere dies aus zwei Gründen: erstens wendet sich der Vorsitzende der Arbeitgebergruppe bereits zum zweiten Mal gegen einen Text, der demokratisch im Plenum angenommen wurde – das erste Mal ging es um die soziale Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion. Zweitens halte ich es nicht für gut, wenn auf diese Weise die Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Ausschusses hervorgehoben werden, und das zu einem Zeitpunkt, an dem die Europäische Union das am wenigsten gebrauchen kann.

Wenn die Zivilgesellschaft und Millionen von Bürgern, die Gewerkschaften oder Verbänden angehören, für eine verbindliche EU-Regelung eintreten, deren Auswirkung selbstverständlich den einzelnen, nationalen Volkswirtschaften anzupassen ist, da die Mitgliedstaaten von wirtschaftlicher und sozialer Homogenität leider weit entfernt sind, dann tun sie dies aus folgenden Gründen:

- Es ist dringend notwendig, etwas für diejenigen zu tun, die in ganz Europa durch kriminelle Handlungen einer Handvoll spekulanten Spekulanten und die Unfähigkeit von Entscheidungsträgern, gemeinsam und vereint effiziente und mutige Entscheidungen zu treffen, in die Armut getrieben wurden.
- Es ist an der Zeit, den Bürgern gegenüber die positiven Seiten der Europäischen Union deutlich zu machen. Letztendlich werden diejenigen, die für die herrschende allgemeine Verzweiflung mitverantwortlich sind, die Parlamente mit Egoisten, Nationalextremisten und bekennenden Nazis füllen. Sie werden es sehr wahrscheinlich bitter bereuen, aber dann ist es zu spät.

Die Arbeitgebervertreter, die gegen die Stellungnahme gestimmt haben, sollten unbesorgt sein: die Gewerkschaften haben keineswegs vor, die staatliche Alimentierung zur Regel zu machen. Wir sind

Arbeitnehmerorganisationen, und was wir anstreben ist Arbeit: menschenwürdige Arbeitsplätze in einem Europa, wo Unternehmen junge Menschen einstellen. Darüber hinaus haben diejenigen, die in Armut leben, nicht einmal mehr die Mittel, Grundnahrungsmittel zu kaufen, die von unseren Unternehmen hergestellt werden.

Die Zeit ist gekommen, über bestimmte Fragen eingehend nachzudenken: Werden wir auch weiterhin tatenlos zusehen, wie das europäische Projekt zusammenbricht? Begraben wir es und mit ihm die ihm zuteil gewordene Auszeichnung für die Schaffung von Frieden und Wohlstand in jener längst vergangenen Zeit, als es jenen Völkern Hoffnung bot, die noch nicht dazu gehören durften?

Oder haben wir den Mut, ihm jetzt ein menschliches und soziales Antlitz zu geben, auch sei es nur, um vor dem jüngsten Gericht nicht voller Scham dastehen zu müssen?

Vielleicht ist der Frieden auf unserem Kontinent noch zu retten, indem die Union unserer Staaten konkrete Botschaften an die Bürger sendet und sie nicht in dem Eindruck beläßt, dass sie sich damit begnügen würde zuzuschauen, wie die Zahl der in unwürdigen Umständen und Armut lebenden Menschen zunimmt.

Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe

Georges Dassis